

# BESCHLUSS

---

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 26. Mai 2014

---

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 26. Mai 2014 beschlossen:

## **Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung – wann lässt die Große Koalition ihren großen Worten endlich große Taten folgen?**

Die FDP fordert die Große Koalition von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag auf, die den Kommunen versprochene Entlastung bei den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen endlich zukommen zu lassen. Zunächst die ab 2014 zugesagte jährliche Milliarde. Ab Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes – spätestens 2017 – jährlich fünf Milliarden Euro. Zudem sollen Leistungen für Menschen mit Behinderungen zusammengefasst und personenbezogen ausgestaltet werden. Das persönliche Budget soll ausgeweitet und insbesondere durch Pauschalierung vereinfacht werden. Leistungen, die die Nachteile der Behinderung ausgleichen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Leistungen zum Lebensunterhalt hingegen werden, wie bei jedem anderen Leistungsempfänger auch, nach Bedürftigkeit gezahlt.